Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 64. Berlin, Sonnabend, 9. August 1913. Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Wissenschaftliche Betriebsführung. — Arbeitslosen-Zählung — Arbeitsnachweis. — Konsumgenossenschaftliche Schlächtereien. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Wissenschaftliche Betriebsführung.

Von Erich Dombrowski-Gera.

III.

Das Taylor-System ein allgemeiner Kulturfortschritt?

Wie zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts Deutschland allmählich von der extensiven Dreifelder-Wirtschaft in der Landwirtschaft zu weit intensiveren Fruchtwechselwirtschaft überging, so hat sich derselbe Vorgang der Produktionserhöhung auch in der Industrie abgespielt. Aus der Haus- und Kleinindustrie, die auf der menschlichen und tierischen Kraft beruhte, hat sich die moderne Großindustrie entwickelt, die sich des Dampfes, des Gases, der Elektrizität als Antriebskräfte bedient. Doch ist dieser Entwicklungsprozeß, der seine letzten Ursachen (abgesehen von den fortschreitenden technischen Erfindungen) in der raschen Vermehrung unseres Volkes hat, heute noch keineswegs abgeschlossen, in der Landwirtschaft sowohl wie in der Industrie. Beide sinnen unaufhörlich auf eine weitere Vervollkommnung der Produktionsmöglichkeiten. Die Betriebsführung nach wissenschaftlich exakten Grundsätzen ist ein solcher Vorschlag. Taylor rechnet bekanntlich mit einer drei- bis viermal gesteigerten Produktionsweise nach seinem System, wenn man von den augenblicklichen Vorbedingungen (Arbeiter- und Maschinenzahl) der jeweiligen Fabrik ausgeht. Und doch, vielleicht ist auch das noch nur ein Uebergangsstadium zu einer Zeit, wo die Maschinentechnik so ausgebaut und verbessert sein wird, daß dem Industriearbeiter im großen und ganzen nur die Rolle eines Aufsehers zufällt. Alle diese Bestrebungen laufen letzten Endes, um das Wort eines deutschen Gelehrten, Professor Oswald's zu gebrauchen, auf die rationellste Anwendung des energetischen Imperativs, d. h. der bestmöglichen Auswertung der Energie (im Menschen, in der Maschine, in der Natur überhaupt) hinaus.

Insofern scheint das Taylor-System, auf den ersten Blick, ein notwendiger Kulturfortschritt zu sein. Die heutigen Fabrik-Etablissements z. B. können, ohne sich erweitern zu dürfen, ihre Produktion um das Mehrfache steigern. Wenn sie sich unter den heutigen Verhältnissen zu einer raschen Vergrößerung ihrer jährlichen Produktionsquote, durch die wachsende Nachfrage gezwungen, entschließen, müssen sie mehr Maschinen aufstellen, müssen Grund und Boden erwerben, müssen bauen, um den Fabrikraum ausdehnen zu können. Das alles aber erspart ihnen mit einem Schlage die wissenschaftliche Betriebsführung und enthebt sie damit auch der Notwendigkeit, eine Betriebserweiterung durch neue Zinsen für die aufgenommenen Kapitalien dauernd zu erkaufen und so die Betriebsunkosten weiter zu steigern.

Aber betrachten wir alle diese Vorzüge nun auch von einer anderen Seite, von der Seite der Arbeiter als des größten Bestandteiles eines Volkes. Nach der letzten Berufszählung gab es in Deutschland nicht weniger als 16 Millionen Arbeiter, dagegen nur 2 Millionen Privatangestellte und 2 Millionen Beamte. Alles Zahlen, die die Angehörigen der Betreffenden noch nicht umfassen. Ist nun das Taylor-System in Einklang zu bringen auch mit deren Gesamtinteresse? Mit den Interessen der Allgemeinheit, der das Wohl und Wehe, also vor allem eine günstige gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes, des großen Reservoirs der Volkskraft, am Herzen liegt? Nicht die Produktion — das ist das Entscheidende in der ganzen Bewertung der Frage als Kulturfortschritt — nicht die Warenherstellung an sich ist das Wertvolle, sondern die Menschen, die die Waren zur Deckung ihrer Lebensbedürfnisse gebrauchen. Die Menschen sind der Reichtum einer Nation, dann erst die Waren aller Art. „Wer den Menschen wirtschaftlich werten gelernt hat", sagt Dr. Heinz Potthoff in einem gelegentlichen Aufsatze über Menschenökonomie, „der kann nicht mit Stolz auf die Exportziffern mancher Textilindustrien sehen, die aus Frauen- und Kinderarbeit billig erpreßten Schund auf den Weltmarkt werfen und das Volk an Gesundheit und Glück unendlich mehr ruinieren, als der Verdienst der Unternehmer wert ist." So liegen die Dinge auch gegenüber dem Taylor-System. Wenn die Produktionssteigerung auf Kosten eines unablässigen Raubbaues am Volk geschieht, dann hat jeder Volkswirtschaftler sie rundweg abzulehnen. Und eine streng nach den Taylorschen Grundsätzen durchgeführte wissenschaftliche Betriebsführung steuert, wie wir im vorigen Aufsatze sahen, unweigerlich darauf los.

Aber auch sonst verschiebt sich das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber bei diesem System zu ungunsten des ersteren. Die „Reserve-Armee" der Arbeiter wird rasch gewaltig wachsen, wenn die Betriebe künftig bloß mit der Hälfte oder gar nur einem Drittel Leute dieselbe Produktionsleistung vollbringen können wie heute schon. Der Arbeitgeber ist in der günstigsten Lage. Er kann mit größter Sorgfalt die Arbeitskräfte auswählen. Es steht ihm ja ein so großes Angebot zur Verfügung. Mehr und mehr aber werden die älteren Arbeiter, sowie sie erst vierzig Lebensjahre hinter sich haben, zurückgewiesen und arbeitslos werden. Wie wird dann die Allgemeinheit, die Gemeinde also, ganz andere Kosten aufwenden müssen, um die vielen Leute, die der Armenunterstützung anheimfallen, zu stützen! Das ist keine Phrase. Wenn wir heute 16 Millionen Arbeiter berufstätig haben, dann werden es künftig bloß 8 oder noch weniger Millionen sein. Selbst wenn sich der Entwicklungsgang Jahre hindurch zöge, selbst wenn nur ein Teil der Fabriken zu dem System überginge, handelt es sich immer noch um Millionen Arbeiter, die brotlos werden, die arbeitslos werden müssen, genau so logisch notwendig wie 4—2 = 2 ist. Denn glaubt auch nur ein Mensch daran, daß wir unsere in den letzten Jahrzehnten schon so gewaltig angeschwollene Gesamtproduktion in Deutschland in einigen Jahren, in einem Jahrzehnt, noch einmal verdoppeln können? Das müßten wir doch wohl, um die Arbeiterzahl in den Fabriken auf der heutigen Höhe zu lassen, ungerechnet den Bevölkerungszuwachs, der sich in der Vermehrung der Arbeiterbevölkerung am deutlichsten ausdrückt. Dabei findet, wer einmal unsere Außenhandels-Ziffern genau studiert, daß unsere Exportsteigerung, die vorläufig ja noch Jahr für Jahr festzustellen ist, zu einem nicht unerheblichen Teile durch unsere forcierte Getreide-Ausfuhr (Roggen) aufrecht erhalten wird, daß aber unser Quantitäts-Artikel mit einer immer größeren Konkurrenz auf dem Weltmarkte zu kämpfen haben, da die meisten Länder bestrebt sind, sich industriell möglichst auf eigene Füße zu stellen und sich, vorläufig wenigstens in den einfachsten Gebrauchsartikeln, unabhängig vom Auslande zu machen. Aber, wendet man ein, wird der Inlandmarkt es denn nicht begrüßen, wenn die Waren durch eine wesentliche Herabsetzung der Produktionskosten bedeutend billiger werden? Gewiß. Was nützt es aber, wenn auf der einen Seite das Warenangebot ungeheuer anschwillt, auf der anderen Seite aber die Zahl der kaufkräftigen Abnehmer infolge der großen Arbeitslosigkeit abnimmt? Die Waren werden dann schließlich eine so ausgesprochene Tendenz haben, in den Preisen herunterzugehen, daß selbst die Löhne nicht auf derselben Höhe werden aufrecht erhalten bleiben können. Eine Wirtschaftskrise wäre unvermeidlich.

Diese Ueberproduktion, die, vorausgesetzt, daß das Taylor-System in wenigen Jahren allgemein eingeführt würde, notwendig eintreten müßte, bedroht zuguterletzt die Unternehmer selbst. Alle kleineren, weniger kapitalkräftigen Fabriken, soweit sie überhaupt den Wettkampf um die gesteigerte und die billigere Produktion mit den großen haben mitmachen können und nicht schon vorher auf der Strecke geblieben sind, werden einfach von den großen Werken an die Wand gedrückt und aufgerieben, je weiter die Verbilligungstendenz der Waren fortschreitet. So würde das Taylorsystem dazu beitragen, den großkapitalistischen Konzentrationsprozeß zu beschleunigen, und auf einmal viele Existenzen des Mittelstands ruinieren. Auch das kann kein Volkswirtschaftler als eine günstige Folgeerscheinung ansehen.

So ist es denn kein Wunder, daß angesehene Fachleute Deutschlands zu einem negativen Resultate in der Bewertung des Taylor-Systems gekommen sind. Die Arbeiter selbst haben sich schon in den verschiedensten Fabriken (in Amerika nicht nur, sondern auch in Frankreich) mit allen Mitteln gegen das System gewendet. In der großen französischen Automobilfabrik Renault ist es darüber sogar zu einer offenen Revolte gekommen. Mehrere amerikanische Fabriken sind ganz von selber von dem System wieder abgekommen. Und dennoch wäre es falsch, das Taylor-System in Bausch und Bogen abzulehnen. Im vorigen Aufsatze haben wir bereits angedeutet, in welcher Weise es abgeändert werden müßte, um der Allgemeinheit ein wirklicher Kulturfortschritt zu sein. Einwandfreie Unterlagen für die Einführung eines wesentlich modifizierten Taylor-Systems durch jahrelange arbeitstechnische und vor allem auch physiologische (körperlich-gesundheitliche) Studien zu beschaffen, ehe man in Deutschland sich überhaupt an die Verwertung der Ideen heranwagt, wird zunächst Sache der Wissenschaften sein, denen die Arbeiter-Organisationen gegebenenfalls an die Hand gehen können. Wie wäre es, wenn sich die Kaiser Wilhelm'schen Forschungsinstitute einmal planmäßig damit beschäftigten? Eine große Aufgabe wäre ihnen gestellt.

Arbeitslosen-Zählung — Arbeitsnachweis.

Leider hat sich bisher noch keine Methode für die Arbeitslosenstatistik finden lassen, die mit einiger Sicherheit den wirklichen Grad der Arbeitslosigkeit feststellt. Wo es an einem einheitlichen Arbeitsnachweis fehlt, melden sich die Arbeitslosen bei den verschiedenen Arbeitsnachweisen und werden so zwei-, drei- und mehrere Male gezählt. Die gelegentlichen Zählungen durch die Gewerkschaften hatten auch kein zuverlässiges Resultat, weil die einzelnen Zähler ihre Aufgaben verschieden auffaßten. Die öffentlichen Aufforderungen der Gemeindebehörden, die eine Arbeitslosenstatistik aufnahmen, hatten auch nicht den gewünschten Erfolg, weil sich nicht alle Arbeitslosen an den bestimmten Terminen meldeten. Den besten Gradmesser für den Stand der Arbeitslosigkeit geben noch die im „Reichs-

arbeitsblatt" veröffentlichten Auskünfte der Berufsverbände. Erfährt man daraus auch nicht die wirkliche Zahl der Arbeitslosen, so ist aus ihnen immerhin zu erkennen, wie sich die Anteilziffer der Arbeitslosen zur Anzahl der Beschäftigten stellt. Das Auf- und Abgehen dieser Anteilziffer zeigt uns gleichzeitig auch den Stand der Konjunktur an in den verschiedenen Berufen und Jahreszeiten.

Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß wir im kommenden Winter eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu erwarten haben. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ruft die Behörden schon jetzt auf, eine möglichst große Zahl geplanter Arbeiten und Aufträge für den kommenden Winter bereit zu stellen, damit der Beschäftigungslosigkeit mildernd entgegengewirkt werde.

Als die Verkehrswege und -Mittel in Deutschland noch wenig entwickelt waren, erlebten wir Mitte des vorigen Jahrhunderts Hungersnöte in verschiedenen Teilen des Landes, während in anderen Teilen ein Ueberfluß an Lebensmitteln vorhanden war. Jetzt liegt es ähnlich so auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Zahlreiche Arbeitslose in den großen Städten, Mangel an Arbeitern auf dem Lande. Auch in günstigen Zeiten darf die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf eine Viertelmillion geschätzt werden.

Als im Juni 1895 bei der Berufszählung auch die Arbeitslosen gezählt wurden, ergab sich eine Ziffer von 179 000 und als im gleichen Jahre im Dezember bei der Volkszählung die Arbeitslosen wieder gezählt wurden, stieg ihre Ziffer auf 554 000. Es fällt ins Gewicht, daß Deutschland alljährlich 800 000 und mehr fremdländische Arbeiter beschäftigt, die ungefähr zur einen Hälfte auf den großen Gütern, zur andern Hälfte in der schweren Industrie beschäftigt werden. Gelänge es, eine regelmäßige Statistik aufzunehmen mit zuverlässigen Resultaten, dann könnten Maßnahmen getroffen werden, die es verhüteten, mehr fremdländische Arbeiter hereinzulassen, als wirklich nötig sind. Diese Mehrzugelassenen verstärken den Lohndruck, da die fremdländischen Arbeiter wegen ihrer meist niedrigeren Kultur ohnehin lohndrückend wirken. Das gilt natürlich im Wesentlichen nur für die fremdländischen ungelernten Arbeiter in der Landwirtschaft und in der schweren Industrie. Deutschland hat jedenfalls ein nationales Interesse daran, daß zunächst die Söhne des eigenen Landes Beschäftigung finden, die es stark verdrießt, daß ihnen die fremdländischen Arbeiter die Arbeit wegnehmen.

Im eigenen Vaterlande liegt es mit der Arbeitsvermittlung leider auch noch sehr im argen. Einseitige Arbeitsnachweise der Unternehmer kreiden gewisse Arbeiter oft in großer Zahl in ihren schwarzen Listen an und machen die Armen vogelfrei. Welche Bedeutung diese einseitigen Nachweise haben, geht aus der Tatsache hervor, daß sie in 1911 nicht weniger als 1 146 651 Arbeitsstellen vermittelten.

Verabscheuungswürdig ist das Verhalten gewisser sozialdemokratischer Gewerkschaften, die Tarifverträge abschließen mit der Klausel, daß nur ihre Mitglieder in den Tarifbetrieben beschäftigt werden dürfen. Und in vielen der sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise üben die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine unerbittliche Herrschaft aus.

Auf dem 18. Verbandstage der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) Pfingsten 1913 sprach der Kollege M. Schumacher über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis" und machte auf die Schäden aufmerksam, die aus der Handhabung der paritätischen Facharbeitsnachweise durch die Gewerkschaftler entstehen. Der Redner warf die Frage auf: „Wie sieht ein paritätischer Facharbeitsnachweis aus?" und schilderte dann an Hand mehrerer Beispiele, wie der Holzarbeiterverband aus diesen Arbeitsnachweisen Agitationsbureaus für seine Organisation macht. Die Arbeiter und wen es sonst interessiert, sollten den jetzt gedruckt vorliegenden Vortrag Schumachers lesen, damit sie sich über diese Dinge informieren. Die Vorgänge zeigen, daß Vorsorge getroffen werden muß, die den Arbeitsnachweisen die nötige und mögliche Objektivität sichert.

Jeder organisierte Arbeiter, der einer tariftreuen Organisation angehört — und das trifft auf die Deutschen Gewerkvereine zu, — darf verlangen, daß er von anderen Organisationen gleichberechtigt behandelt wird. Der Mißbrauch der Macht, der auf diesen Gebieten durch die größeren, sogenannten freien Gewerkschaften getrieben wird, verdient die schärfste Zurückweisung. K. G.

Konsumgenossenschaftliche Schlächtereien.

Nicht nur die Warenerzeugung sucht heute andere Wege, sondern auch die Warenverteilung, der Handel. Auf beiden Seiten führen diese Wege zum festeren Zusammenschluß der Kräfte; dort in Trusts, Syndikaten, Kartellen oder Preisvereinigungen, hier in Konsumgenossenschaften und Einkaufsvereinen. Diese Entwicklung hat ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Sie wird immer mehr Gebiete unseres Wirtschaftslebens umspannen und wie die Preisvereinigungen sich schließlich zu Kartellen, Syndikaten und Trusts ausbilden, so erweitern sich die Konsumvereine gewissermaßen als starke wirtschaftliche Gegenspieler zu Eigenproduzenten mit gewaltigen Fabrikanlagen.

Dieser Weg ist bekanntlich sowohl in England wie seit Jahren auch in Deutschland mit großem Erfolge beschritten. Bei uns stehen die Konsumvereine gerade jetzt vor bedeutenden Erweiterungen der Eigenproduktion. Am meisten Aufmerksamkeit verdienen bei der heutigen Fleischteuerung ihre Bestrebungen, auch die Fleischversorgung der Mitglieder in die Hand zu nehmen, sie auf möglichst einfache Grundlage zu stellen und dadurch zu verbilligen. Die heutige Fleischversorgung arbeitet vom Viehzüchter bis zum Konsumenten mit so zahlreichen Zwischengliedern, daß die Höhe der schließlichen Kleinverkaufspreise nicht überraschen kann, namentlich wenn diese Preise noch künstlich hochgehalten werden.

Infolgedessen haben in zahlreichen deutschen Städten die Gemeindeverwaltungen einen Teil der Fleischversorgung unter Umgehung des Zwischenhandels, oft unter heftigem Widerspruch der Fleischer, in die Hand genommen, und das gleiche ist von einer Anzahl großer Konsumvereine geschehen, die mehrfach auch hier zur Eigenproduktion mit eigener Viehzucht, Schlächterei und umfassend organisiertem Ladenverkauf für ihre Mitglieder übergegangen sind. Die Entwicklung der Fleischversorgung breiter Massen zur konsumgenossenschaftlichen Viehzucht und Schlächterei wird in den nächsten Jahren einen starken Aufschwung nehmen; man muß ihr also nicht nur aus wirtschaftspolitischen und sozialen, sondern auch aus Gründen der Volksgesundheit die größte Aufmerksamkeit schenken. Die bedeutenden Mittel der großen deutschen Konsumvereine, ihre Umsicht und Tatkraft lassen vermuten, daß sie auch hier vor Schwierigkeiten nicht weichen und sich durch anfängliche vereinzelte Mißerfolge nicht unterkriegen lassen werden. Auf dem vor kurzer Zeit in Dresden abgehaltenen deutschen Konsumvereinstage wurde betont: „Vor der Lösung der Fleischversorgungsfrage dürfen wir nicht zurückschrecken."

Die Konsumvereine beschreiten zu dieser Lösung auch nur einen vom preußischen Landwirtschaftsminister angedeuteten Weg. Der Konsumverein „Produktion" in Hamburg hat ein Rittergut in Mecklenburg gekauft, auf dem er Vieh züchtet. Im letzten Jahre hat er 30 000 Schweine und entsprechend Großvieh geschlachtet. Er muß viel Vieh außer der eigenen Zucht einkaufen und hatte hierbei seitens der ihm mißgünstigen Viehhändler Schwierigkeiten. Jetzt besitzt die „Produktion" in Dänemark ein großes Netz von Vieheinkäufern und die Genossenschaft bekommt soviel Vieh, wie sie haben will. Sie stellt nicht weniger als 200 verschiedene Fleischwaren her, arbeitet mit 20 Spezialmaschinen und hat in der Schlächterei einen Jahresumsatz von 7 Millionen Mk. Der Konsumverein in Essen hat an der holländischen Grenze eine Schweinemast eingerichtet und mit ihr bereits im ersten Jahre 10 000 Mk. verdient. In zahlreichen Städten haben die Konsumvereine sehr stark in Anspruch genommene Fleischverkaufsstellen, zu denen sie die Ware mit möglichster Ausschaltung des Zwischenhandels beziehen, oder auch selbst Vieh schlachten. In anderen Gemeinden bedient sich die Behörde der Einrichtungen dieser Vereine, um ausländisches Fleisch und Fische in den Handel zu bringen. In Berlin lehnte der Magistrat zuerst die Mitwirkung des Konsumvereins ab, als aber die Fleischer sich weigerten, den Verkauf des Fleisches durchzuführen, griff der Magistrat doch auf den Verein zurück, und in 27 Läden desselben findet der Verkauf städtischen Fleisches statt.

Auch in Mittelstädten gibt es bereits eigene konsumgenossenschaftliche Schlächtereien. Der Konsumverein „Haushalt" in Meerane schlachtet wöchentlich 20 bis 24 Schweine und seine Fleischerei arbeitet auch mit den neuesten Maschinen. Muster dieser Einrichtungen in Deutschland ist vielfach der alte und angesehene Konsumverein in Basel, dem dort nicht etwa nur Arbeiter, sondern auch viele Kleinkaufleute, Handwerker und Beamte bis zu den höchsten angehören. Dieser Verein deckt heute den dritten Teil des Fleischbedarfs der Bevölkerung der Stadt Basel zu wohlfeilen Preisen und verteilt trotzdem 8 Proz. Rückvergütung. Er hat von vornherein eine Million Franken in die Schlächterei hineingesteckt. Deren Betriebsleiter war auf dem Dresdener Konsumvereinstage der Meinung, daß man auch in Deutschland bei der Begründung einer konsumgenossenschaftlichen Schlächterei mit einem Kapitalaufwande von 400 000 bis 500 000 Mk. mindestens rechnen müsse. Die Schlächterei des Basler Vereins hat einen Umsatz von jährlich 1 Million Franken und warf im letzten Jahre, nach allen möglichen Rückstellungen, einen Gewinn von 402 000 Franken ab. Sie bezieht das Schlachtvieh meistens (zu 90 Proz., mit Ausnahme der Schweine) vom Auslande; früher aus Italien, jetzt aus Frankreich, Dänemark und Schweden, vorwiegend aber lebende Ochsen aus Argentinien.

Die Einrichtungen dieser konsumgenossenschaftlichen Schlächtereien sind überall nach den besten maschinellen und hygienischen Erfahrungen derart eingerichtet, daß das Fleisch bei seiner Verarbeitung möglichst wenig mit der menschlichen Hand in Berührung kommt. Größte Ausnutzung des Rohstoffs ist dabei Grundsatz, ebenso genaueste Kontrolle des Betriebes. Die Schlächterei des Basler Konsumvereins gewinnt z. B. jährlich 10 000 Franken aus dem heißen Wasser, mit dem die Fleischereigeräte und -Maschinen gewaschen werden, einfach dadurch, daß sie das fettig gewordene Wasser in einem besonderen Behälter erkalten läßt und dann das erstarrte Fett abschöpft, um es an die Industrie zu verkaufen. Man ist in Konsumvereinskreisen auch davon überzeugt, daß die Schlächtereien besser gedeihen, wenn man einen tüchtigen, organisatorisch begabten Kaufmann statt eines Fleischermeisters an ihre Spitze stellt.

Der Weg für die Entwicklung zur konsumgenossenschaftlichen Schlächterei ist bereits überall mit kräftigen Linien vorgezeichnet. Einen starken Anstoß dazu gab die auch auf dem Gebiet der Fleischversorgung herrschende künstliche Preistreiberei.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. August 1913.

Internationaler Arbeiterschutz. Wie wir bereits mitgeteilt haben, finden auf Einladung des Bundesrats der Schweiz im September in Bern Beratungen von Vertretern einer großen Anzahl von Staaten statt, um über ein internationales Uebereinkommen über ein Verbot der gewerblichen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter bis zu 18 Jahren und über eine Festsetzung einer täglichen Arbeitsdauer von höchstens 10 Stunden für Frauen und jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren, eine Verständigung zu erzielen. An dieser Konferenz werden als Vertreter des Deutschen Reiches teilnehmen: der Direktor der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamte des Innern, Wirklicher Geheimer Rat Caspar, der Geheime Oberregierungsrat vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Frick, der Referent für Arbeiterschutz im Reichsamte des Innern, Geh. Regierungsrat Leymann, und ein preußischer Gewerbeaufsichtsbeamter. Dieser Konferenz geht voraus eine Beratung von Regierungsvertretern aller an der internationalen Regelung des Arbeiterschutzes beteiligten Staaten, um ein Abkommen unter den Vertragsstaaten zu treffen über die Herausgabe vergleichbarer Statistiken, aus denen alle 4 Jahre die Veröffentlichung eines zusammenfassenden Berichts über die Durchführung des Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern möglich ist. Zu diesem Zwecke soll eine internationale Kommission aus Sachverständigen, Statistikern, Gewerbeinspektoren usw. gebildet werden. An dieser Konferenz wird außer den oben genannten Vertretern des Reiches noch eine Reihe von Gewerbeinspektoren verschiedener Bundesregierungen teilnehmen. Das internationale Uebereinkommen vom Jahre 1906 über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen sah vor, daß sich die Regierungen auf diplomatischem Wege die periodischen Berichte über die Durchführung der Gesetze und Verordnungen, auf die sich diese Vereinbarung bezieht, gegenseitig mitteilen. Ueber die geeignetste Form dieser Berichte soll nun eine Verständigung erzielt werden.

* * *

Handwerker oder Kaufmann? Diese Frage ist nach einem Erlaß des preußischen Handelsministers der „Köln. Ztg." gemäß folgendermaßen zu beantworten:

„Der Besitz einer handwerklichen Fachausbildung ist nicht von entscheidender Bedeutung, da der Inhaber eines Betriebes trotz seiner handwerklichen Fachausbildung lediglich der kaufmännische Leiter eines kaufmännischen Unter-

nehmens sein kann. Handwerker ist derjenige, der sich als Mitarbeiter oder Leiter selbst an der Erzeugung einer Ware beteiligt und einen Betrieb unter sich hat, in dem gelernte Arbeiter durch Handarbeit, die durch Maschinen zwar unterstützt, aber nicht ersetzt werden darf, eine Ware unmittelbar herstellen. Als Kaufmann ist derjenige anzusehen, der ohne Rücksicht auf etwaige Handwerksausbildung nur eine kaufmännische Tätigkeit hat und sich an der Herstellung der Waren persönlich oder durch eigene Mitarbeit nicht beteiligt. Der kaufmännische Charakter eines Betriebes wird ferner noch dadurch bestimmt, daß in der Hauptsache ungelernte Arbeiter zur Bedienung der Maschinen, welche die Waren herstellen, angestellt sind und weitgehende Arbeitsteilung in dem Betriebe herrscht. Wenn noch dazu kommt, daß der jährliche Umsatz des Unternehmens sehr beträchtlich ist, sowie, daß die Waren auch ohne feste Bestellung auf Vorrat gearbeitet werden, wie in einem Fabrikunternehmen, dann sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß das Unternehmen als kaufmännisches anzusprechen ist. Der Inhaber wird also, ohne Rücksicht auf seine handwerksmäßige Ausbildung, als Kaufmann zur Handelskammer gehören."

* * *

Worte und Taten. Das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, „Der Bergknappe", veröffentlicht in seiner jüngsten Nummer einen Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands, in dem beklagt wird, daß die Organisationen der Bergleute sich in den letzten Jahren nicht in der wünschenswerten Weise ausgedehnt hätten; auch das Vermögen der Verbände sei nicht in genügendem Maße gestiegen. Diese Entwickelung der Organisationsverhältnisse im Bergbau sei außerordentlich bedauerlich. Es müsse unbedingt Wandel geschaffen werden durch Beseitigung der Hindernisse für eine günstigere Entwickelung. Interessant ist, worin nach dem christlichen Blatte diese Hindernisse liegen. Es heißt nämlich darüber:

„Das größte Hindernis für eine befriedigende Vorwärtsentwickelung ist der oft gehässige Streit zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen. Wir wollen im Interesse der notwendigen Einigkeit hier nicht untersuchen, wer daran Schuld trägt.

Wer die Organe der Verbände im Bergbau studiert, wer die herausgegebenen Flugblätter liest, wer die Reden in den vielen Versammlungen hört, der kann zu der Ansicht kommen, verschiedene Verbände der Bergleute hätten nur immer in erster Linie den Zweck, sich gegenseitig zu bekämpfen. Der Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse, Knappschaftsverhältnisse usw. tritt ganz in den Hintergrund.

Das muß ja auf Unorganisierte abstoßend wirken, muß viele veranlassen, sich der Organisation nicht anzuschließen. Auch vielen Mitgliedern wird durch den Streit die Freude an der Organisation genommen.

Dazu kommt noch, daß in den letzten Jahren verschiedene Verbände nicht immer streng gewerkschaftlich gehandelt haben."

Auf Einzelheiten will der „Bergknappe" nicht eingehen. Sein Aufruf klingt aus in die Mahnung, die Organisation und ihre Kassen zu stärken. „Laßt den Hader und Streit zwischen den verschiedenen Verbänden verschwinden! Schafft eine Arbeitsgemeinschaft, eine gemeinsame Kampffesfront gegen die Unternehmer! Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Verbänden lassen sich ja nicht aus der Welt schaffen. Etwaige Auseinandersetzungen hierüber lassen sich aber in nobler und sachlicher Weise führen, sodaß sie die gemeinsame Arbeit in wirtschaftlichen Fragen nicht hindern."

Wie oft haben wir nicht schon diesen Standpunkt vertreten, und zwar nicht nur bezüglich der Bergarbeiter, sondern aller andern auch! Wir unterstreichen deshalb auch alles, was der „Bergknappe" hier sagt. Aber das müssen wir doch hinzufügen: Gerade in diesem christlichen Blatte nehmen sich solche Mahnungen recht sonderbar aus. Von sachlicher Kampfesweise ist darin wirklich oft herzlich wenig zu verspüren, und wenn in dem Aufruf von einer „nicht immer streng gewerkschaftlichen" Handlungsweise die Rede ist, so sei nur an den großen Streik im Ruhrgebiet erinnert. Also die Worte stehen zu den Taten hier in einem recht krassen Gegensatz. Trotz allem würde es uns freuen, wenn die Mahnung zur Organisation überall auf fruchtbaren Boden fiele und auch der Kampf zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen künftig in anständigeren Formen geführt würde als bisher.

* * *

Arbeiterbewegung. Die Bewegung auf den deutschen Seeschiffswerften nimmt ihren Fortgang. Die Unternehmer geben sich große Mühe, Arbeitswillige heranzuziehen. — Auch auf den „Brennaborwerken" in Brandenburg a. H. dauert die Aussperrung fort. Die Aussichten auf Einigungsverhandlungen sind vorläufig ungünstig. — Für das Chemigraphengewerbe Deutschlands ist nach längeren Verhandlungen ein neuer Tarif vereinbart worden, der fünf Jahre Gültigkeit hat und die achtstündige Arbeitszeit, die Bezahlung der Feiertage und eine Regelung der Löhne vorsieht.

In Mailand dauert der Generalstreik fort. Die Konflikte mit der Polizei, die hier und da entstanden sind, müssen in Anbetracht der Menge der Streikenden doch als unbedeutend bezeichnet werden. — Auch in der italienischen Provinz Ferrara ist es zu einem Generalstreik der Landarbeiter gekommen. — Seinen Fortgang nimmt auch der Ausstand der Textilarbeiter in Catalonien. Die Zahl der Beteiligten wird im ganzen auf etwa 45 000 geschätzt, wovon allein auf die Stadt Barcelona 23 000 entfallen. Die Regierung ist eifrig bemüht, durch Vermittelungen der Bewegung ein Ende zu machen. — Wegen Nichterneuerung ihres Tarifes und Ablehnung ihrer Lohnforderungen sind in Wien die Speditionsarbeiter in den Streik getreten.

* * *

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Ein Fleischergeselle geriet auf dem städtischen Schlachthof in Leipzig mit zwei Fleischerlehrlingen eines anderen Meisters in Streit, weil einer von ihnen ihn mit Wasser begossen hatte. Im Verlauf dieses Streites schlug der Geselle den einen Lehrling ins Gesicht. Als er nochmals schlagen wollte, hat dieser Lehrling zur Abwehr beide Hände vor den Kopf gehalten. In der rechten Hand hatte er ein Messer. Bei dem ausgeführten Schlage hat der Geselle das Messer getroffen und sich dabei eine Schnittwunde quer über dem linken Handgelenk zugezogen.

Für die Folgen dieser Verletzung beanspruchte er Unfallrente, weil der geschilderte Vorgang als ein Betriebsunfall anzusehen sei. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Gewährung einer Entschädigung ab, weil sie die erlittene Verletzung nicht als Folge eines Betriebsunfalles anerkennen könne, umsoweniger, als auch das Werkzeug, auf das die Verletzung zurückzuführen sei, nicht zu dem Betriebe gehöre, in dem der Kläger beschäftigt gewesen sei.

Auf eingelegte Berufung wurde die Berufsgenossenschaft vom Oberversicherungsamt Leipzig zur Gewährung einer Unfallrente verurteilt; der von ihr erhobene Rekurs wurde vom Reichsversicherungsamt am 5. April d. J. zurückgewiesen. Dasselbe führte in seiner Begründung aus:

Allerdings ist es richtig, daß Körperverletzungen, welche einem Arbeiter von einem Mitarbeiter vorsätzlich beigebracht werden, sich nicht unter allen Umständen schon deshalb als Betriebsunfälle darstellen, weil die Verletzung mittelst eines dem Betriebe dienenden Werkzeuges erfolgt ist. Im vorliegenden Falle aber hat der Lehrling, wie aus den bei den Akten des Polizeiamtes der Stadt Leipzig befindlichen Zeugenaussagen hervorgeht, dem Kläger nicht vorsätzlich mit einem Schlachtmesser verletzt. Der Kläger ist vielmehr mit der erhobenen linken Hand auf den Lehrling losgegangen, um ihn zu schlagen. Da dieser beide Hände zur Abwehr vor den Kopf hielt, schlug der Kläger blindlings auf das in der rechten Hand befindliche Messer des Lehrlings ein und zog sich hierdurch die Schnittwunde am linken Handgelenk zu. Wenngleich nur der Streit in einem gewissen Zusammenhang mit dem Betriebe des Schlachtviehhofs stand, der erst einige Zeit später entstandene Zwist aber zweifellos persönlicher Natur und von der Betriebstätigkeit unabhängig war, so hatte doch eine Einrichtung des Betriebes zu der Schwere der Verletzung wesentlich mitgewirkt. Das aber genügt bei einer unvorsätzlich beigebrachten Verletzung schon, um einen Betriebsunfall anzunehmen.

* * *

Das Borgunwesen in amtlicher Beleuchtung. Die Fabrikinspektoren des Regierungsbezirks Trier schreiben:

Das Borgunwesen steht in mehreren Orten in voller Blüte und beeinflußt die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung höchst ungünstig. Arbeiter, die den Kredit der Bäcker, der Metzger und der Kaufleute in Anspruch nehmen, kaufen im allgemeinen zu hohen Preisen. Diesen Arbeitern ist aber mit dem Bezuge von Lebensmitteln im großen wenig geholfen, auch nicht mit Konsumvereinen, da beide Einrichtungen mit Barzahlung arbeiten. Die Grundfrage der Lebensmittelversorgung ist die, wie zu erreichen ist, daß der Arbeiter seinen Lebensmittelbedarf bar bezahlt. Daß durch Lösung dieser Frage die Lebenshaltung bedeutend verbilligt werden könnte, unterliegt keinem Zweifel. Die Befreiung eines großen Teiles der Arbeiterbevölkerung aus dem Zustande des ständigen Schuldenmachens ist leider bis jetzt eine ungelöste Aufgabe geblieben.

Hoffentlich findet dieses Urteil eines Gewerbeinspektors über die nachteiligen Folgen des Borgens für die Arbeiter weite Verbreitung. Die Händler tun ja so, als wären sie die größten Wohltäter der „armen" Arbeiter, die dem Borgteufel in die Krallen geraten sind. Wenn der berichtende Gewerberat die Konsumgenossenschaften in der Frage nicht höher einwertet, so liegt es wohl daran, daß er in seinem Bezirk wahrscheinlich die segensreiche Wirksamkeit derselben noch nicht näher kennen gelernt hat. Sonst würde er wissen, daß sie treffliche Lehrmeister des Barzahlens sind. Wo solche Vereine bestehen, ist auch die Frage der Lebensmittelbeschaffung im großen ziemlich gegenstandslos. Die Beschaffung im großen besorgt die Konsumgenossenschaftszentrale; für das einzelne Mitglied der Genossenschaft hätte es wenig Sinn, da auch noch in seiner eigenen Häuslichkeit alle Bedarfsgegenstände in Massen aufzustapeln und sie vielleicht versauern zu lassen. Es sollte weiter aber auch den dem Borgteufel Verfallenen auch bei jeder Gelegenheit möglichst klar gemacht werden, daß garnicht soviel dazu gehört, das Joch abzuschütteln. Es ist ja im Grunde nur eine geringe Summe, die in Frage kommt. Der Krämer borgt immer nur von einem Lohntage zum anderen, und in der Regel nur dann, wenn der Arbeiter das Borgen nicht nötig hat, das heißt, wenn er Arbeit hat. Da wäre der Arbeiter mit einer Summe von 20 bis 50 Mk. über alle Beschwer hinaus! Und wie leicht erspart er in der Konsumgenossenschaft diesen Betrag! Der Krämer ist aber sehr darauf bedacht, sich über die Einkommensverhältnisse seiner Opfer unterrichtet zu halten, und erfährt er, daß die Quelle des Einkommens durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streik oder was sonst verstopft ist, so ist auch seine Borgwilligkeit erklecklich gemindert oder ganz dahin! Dieser Umstand wird von den Leuten, die „aufs Büchelchen" kaufen, gemeinhin viel zu wenig beachtet.

* * *

Die Beschäftigung von Mädchen in der Glasindustrie behandelt ein Aufsatz in einem französischen Gewerkschaftsorgan. Sein Verfasser ist der Generalsekretär des Glasarbeiterverbandes, der heftige Anklage erhebt, daß in der französischen Glasindustrie, angeblich infolge Arbeitermangels, verschiedene Arbeitgeber jetzt versuchen, junge Mädchen zur Arbeit heranzuziehen. Er erzählt, daß er Mädchen von 11—18 Jahren an den Oefen gesehen habe, und wenn diese Arbeit schon schädlich für die Knaben ist, so sei sie geradezu mörderisch für die Mädchen. „Ich habe diese Mädchen die Formen zum Guß halten sehen, wobei sie in schmutzgefüllten Löchern kauern mußten und fortwährend den feuchten Dunst einatmeten, der bei der Abkühlung der Formen entsteht." Der Verfasser hebt weiter hervor, daß man den viel mißbrauchten Einwand, der zur Verteidigung der Nachtarbeit der männlichen Jugendlichen in der Glasindustrie oft angeführt wird, daß nämlich diese Arbeit zur Schulung des Nachwuchses nötig sei, doch bezüglich der jungen Mädchen gewiß nicht erheben könne, da sie keinesfalls beruflich als Glasbläser herangebildet würden; hier handele es sich lediglich um einen scheußlichen Mißbrauch der jugendlichen Kräfte. Auch eine sittliche Gefahr kommt bei dieser Beschäftigung der jungen Mädchen in Frage. Diese selbst arbeiten zwar, trotz der Hitze und obgleich die Arbeit dadurch gesundheitlich noch erschwert wird, in ihrer vollständigen Kleidung. Dagegen sind die Glasbläser, mit denen sie eng zusammenarbeiten, der Hitze wegen nur auf das allernotdürftigste bekleidet. Mit Recht richtet deshalb der Verfasser eine Mahnung an die organisierte Arbeiterschaft, die Verwendung junger Mädchen in der Glasindustrie mit allen Mitteln zu bekämpfen.

* * *

Der Schutz der Gastwirtsgehilfen soll in Großbritannien nach einem im Unterhause eingebrachten Gesetzentwurf eine Gestalt annehmen, wie sie in vieler Beziehung in Deutschland auch die kühnsten Hoffnungen in absehbarer Zeit nicht erwarten lassen. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit soll nach der „Soz. Praxis" 60 Stunden, die täglichen Pausen sollen mindestens 2 Stunden betragen; je 6 Stunden Arbeitszeit müssen immer durch eine halbstündige Pause unterbrochen werden. Auf je sieben Tage muß ein Ruhetag kommen. Nach achtmonatiger Beschäftigung bei ein und demselben Arbeitgeber besteht ein Anspruch auf einen zwölftägigen ununterbrochenen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Zuwiderhandlungen sollen das erste Mal mit Geldstrafe bis 20 Mk., das zweite Mal bis zu 100 Mk. und in folgenden Fällen bis zu 200 Mk. geahndet werden.

Die Arbeitgeber im britischen Gastwirtsgewerbe verfolgen seit einiger Zeit die Organisation ihrer Angestellten mit schwarzen Listen und suchen sie mit der Gründung gelber Vereine zu bekämpfen. Die Landeszentrale der Gastwirtsgehilfenorganisationen hat deshalb die übrigen Trade Unions zur Unterstützung aufgefordert. Es heißt in dem betreffenden Aufruf, daß die Gastwirtsgehilfenorganisation in kurzer Zeit in 74 Bewegungen mit 12 000 Beteiligten verwickelt war und allgemein gute Erfolge erzielt hat. Die Arbeitszeit wurde von 74—104 Stunden wöchentlich

auf 60—75 Stunden herabgesetzt. Außerdem konnten in vielen Fällen Lohnerhöhungen von 20 bis 25 Proz. durchgesetzt werden.

* * *

Einen stärkeren Schutz für Kinder und Jugendliche bezwecken gesetzliche Vorschriften, mit deren Durchführung der Minister der öffentlichen Arbeiten und der sozialen Fürsorge in Frankreich betraut worden ist. Es handelt sich dabei um Kinder und Frauen, die in den äußeren Verkaufsständen von Läden und Warenhäusern beschäftigt werden. Bei den Warenauslagen außerhalb der genannten Geschäfte dürfen danach künftig Knaben unter 14 und Mädchen unter 16 Jahren überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Ueber 14 oder 16 Jahre alte dürfen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht mehr als täglich sechs Stunden tätig sein. Die ununterbrochene Arbeit im Freien darf höchstens zwei Stunden betragen, dann muß eine Pause von wenigstens einer Stunde eintreten. Nach 8 Uhr abends oder bei einer Lufttemperatur unter 0 Grad ist die Beschäftigung von Jugendlichen unter 18 Jahren sowie von Frauen überhaupt verboten. An kalten Tagen müssen in den inneren Geschäftsräumen genügend Wärmevorrichtungen für die Angestellten bereitgehalten werden. Die Unternehmer sind verpflichtet, für jede jugendliche Person unter 18 Jahren, die in ihrem Dienst steht, jederzeit dem Aufsichtsbeamten einen Geburtsschein vorzuweisen.

Auch in diesem Jugendlichen-Schutzgesetz kommt, wie die „Soz. Praxis" mit Recht hervorhebt, die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß der Schutz der Jugendlichen sich bis zum 18. Lebensjahre zu erstrecken hat.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Berlin.** Die Soziale Kommission der Deutschen Gewerkvereine Groß-Berlins hat beschlossen, am Sonntag, den 14. September eine gemeinsame Fahrt nach Leipzig zur Besichtigung der Internationalen Baufachausstellung zu veranstalten. Die Mitglieder werden zu recht reger Beteiligung aufgefordert. Folgende Ermäßigungen werden ihnen gewährt: Versicherungspflichtige Mitglieder zahlen nur den halben Fahrpreis 3. Klasse (bei Benutzung von Schnellzügen den vollen Zuschlag). Eine einfache Fahrt Berlin-Leipzig wird also 2,55 M. kosten. Die Rückreise kann innerhalb 4 Tagen auch einzeln zu gleichem ermäßigten Fahrpreis erfolgen. Für die Ausstellung selbst werden Eintrittskarten zum Vorzugspreise von 55 Pf. pro Person besorgt.

Um alle weiteren Bestimmungen treffen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die genauen Adressen der Teilnehmer bis spätestens zum 1. September an den unterzeichneten Schriftführer zu melden, worauf die näheren Mitteilungen sowie die zur Fahrpreisermäßigung berechtigten Ausweise, welche unterschrieben und abgestempelt wieder zurückgesandt werden müssen, den Teilnehmern direkt zugehen.

C. L. Bergmann, Schriftführer,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23.

§ **Stettin.** Unser Ortsverband hielt am 3. August eine Ortsverbandsversammlung ab, in welcher der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Grothe, einen Ueberblick über die Lohnkämpfe seit dem Jahre 1910 gab und die jüngste Arbeitseinstellung zu rechtfertigen suchte, indem er das Entgegenkommen der Werften als unzureichend bezeichnete. Es wurde festgestellt, daß in Stettin 1372 Gewerkvereinskollegen am Streik beteiligt sind. Nach einer längeren Diskussion wurde folgende vom Kollegen Lohse eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, am 3. August im Casino zu Grabow tagende große Gewerkvereinsversammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkvereine nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß die Stettiner Werftbesitzer auch nicht das geringste Entgegenkommen bei den Verhandlungen gezeigt und dadurch den Kampf in Stettin heraufbeschworen haben, welcher eine schwere Schädigung der gesamten Bevölkerung insbesondere der Vororte bedeutet. Sie stellt fest, daß, wenn nur etwas Entgegenkommen gezeigt worden wäre, eine friedliche Beilegung möglich gewesen wäre. Sie bedauert, daß durch die vorzeitige Arbeitsniederlegung der Werftarbeiter in Hamburg, Flensburg und der Nieter in Stettin die Einheit und Geschlossenheit in diesem Kampfe gestört worden ist. Sie ist aber der Meinung, daß nach der Erklärung der Kommission der Werftbesitzer, wonach keine Hoffnung auf Zugeständnisse gemacht werden könnte, der Verhandlungsweg für die Stettiner Werftarbeiter erschöpft war und denselben dadurch der Kampf aufgedrungen worden ist; deshalb mußte der Streik von den Hauptvorständen für Stettin als berechtigt anerkannt werden.

Aus diesem Grunde spricht die heutige Versammlung den Werftarbeitern ihre vollste Sympathie aus und verspricht, dieselben mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln tatkräftig zu unterstützen, damit der Kampf bis zu einem günstigen Ende durchgeführt werden kann. Die Verwaltungen aller Berufe werden aufgefordert, dasselbe zu tun.

Alfred Hohmann, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr zwanglose Zusammenkunft im Verbandshause. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Uebungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal) Gäste willk. —

Orts- und Medizinalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in Burhops Gesellschaftshaus, Bremen, Nelkenstraße. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Henstein, Sandowerstr. 42. — **Dessau.** Gewerkvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Uebungsst. i. Vereinsl. „Fasan", Marktstr. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband.) Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr.- und Erholungsstr.-Ecke. — **Essen** (Ortsv.). Sonntag, 17. August, vorm. 10 Uhr außerord. Ortsverbandsvers. i. Verbandsh., Frohnhauserstr. 53. — **Frankfurt a. O.** (Gewerkvereinssängerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal Richtstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen! — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Diskutierstunde im Lokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Ludewigs. — **Hamburg** (Ortsverb.) Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr im Restaurant „Viehhof", Lagerstraße 2. Diskutierabend. — **Hamburg** (Gewerkvereinsliedertafel). Jeden Donnerstag Uebungsst. b. Thönert in Altona, Eimsbüttlerstr. 48-50. — **Herne** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wilh. Ruhe, Bahnhofst. gegenüb. der evang. Kirche. — **Iserlohn.** Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpke. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertretersitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Möller, Sandstraße 38. — **Ortsverband für das obere Lennegebiet.** Sonntag, den 17. Aug., nachm. 4 Uhr in Olpe bei Ww. Harnischmacher Feilmiderstr., öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen P. Ziegler-Siegen über: „Die Volksversicherung". Nachher Vertretersitzung daselbst. — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerkvereine). Die Uebungsstunde finden jeb. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jeb. Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Tegel** (Diskutierklub für Tegel, Borsigwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — **Weißenfels a. S.** (Gesangverein „Harmonie" der Deutschen Gewerkvereine.). Uebungsstunden jeb. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten". Gesangliebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheintal".

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Die heutige Einmachekunst der Hausfrau. Ein Hilfsbuch für den sparsamen Haushalt. Ueber 225 gute Rezepte und Anweisungen. Herausgegeben von Elfriede Betz. Preis 90 Pfg. Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden.

Die Behandlung der Lungentuberkulose im Hochgebirge. Von Dr. med. O. Amrein. Preis 60 Pfg., geb. 80 Pfg. Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden.

Das Vaterhaus. Wie Suchers zu einem Vaterhaus kamen. Den Eltern im Mietshause wiedererzählt, wie man heute noch ohne große Mittel zu einem idyllischen Eigenheim mit ertragsreichem Garten kommen kann. Von Professor O. Schwindrazheim. Preis 1 Mk. Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) und deren Angehörige in Berlin und dessen Vororte.

Am 24. August vormittags 9½ Uhr, Greifswalderstr. 221-23.

General-Versammlung

Tagesordnung: Kassen- u. Revisionsbericht I. u. II. Quartal 1913. Geschäftliches.

G. Schlochauer, Vorsitzender. — H. Körner, Schriftführer.

Saarbrücken (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat: Saarbrücken Neuwieserstr. 42.

Radeberg i. Sachs. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Niedergraben 15.

Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachtlogis im Verbandslokal bei Roggenkämper, Elberfeld, Erholungsstraße 2. Daselbst befindet sich auch die Rechtsauskunftstelle. Der Arbeitsnachweis für Brauer ist bei C. Bülling, Heidestr. 2.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Nachtquartier und Verpflegung im „Gasthof zum goldenen Rad".

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bismarckstraße 67.

Brandenburg a. H. (Ortsvb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 50 Pfg., Sonn- und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer C. Neumann, Gutenbergstr. 38.

Iserlohn (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 1 Mk. beim Koll. Brackel, Iserlohn, Hardtstr. 58.

Geislingen, Württbg. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeschenk erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfg. bei G. Sapper, Bürstenmacher, Hauptstr. 48.

Ellrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlogis, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Claußen, Kolonieстr. 32.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei den Ortsvereinskassierern bezw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindke, Heinestr. 10.

Mülheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei Möller, Sandstr. 38.

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei H. Niemeyer, Kaiser-Friedrich-Straße 13.

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstützung oder Nachtlogis auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkvereiner beim Kollegen Gust. Pichel, Bauverein Nr. 87. Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pfg. bei H. Zimmermann, Trusoстraße 17.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pfg. beim Kass. Wilhelm Mayer, Josephstr. 30.

Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungs-Karten hierzu bei Carl Hebel, Helfenstr. 32 a II.

Obererzgebirgischer Ortsverband, Sitz Schlettau. Unterstützung an wandernde Kollegen bei Ernst Löser jun. in Scheibenberg, Malzhausstr. 62.

Apolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterst. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten, bei G. Arndt, Königstr. 21.

für jeden

strebsamen Gewerkvereiner

sind folgende soeben erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentbehrlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Gleichauf;

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, **Berlin NO. 55.,** Greifswalderstr. 221 223, zu richten.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 110.